

Reichsward

und Deutsches Schrifttum von Ad. Bartels als monatliche Beilage

Der „Reichsward“ erscheint jeden Sonnabend. Beleg-
preise: Inland: vierteljährlich durch die Post 2.- RM.
durch Kreuzband 2.75 RM. Ausland: monatlich 1.- RM.
Deutsch-Österreich monatlich 2 Schilling. Ausland: Viertel-
jährlich 1 Dollar. Anzeigenpreise: Für die 12 gelblich
Mittler-Spalte 15 Reichspfl., die ganze Seite 500 RM.

Graf E. Reventlow

Bei Platzverfehlen emser. Aufschlag. Radatz nach
Zahl. Bestellungen nehmen alle Postämter, Buchhand-
lungen sowie der Verlag „Der Reichsward“ G.m.b.H.,
Berlin D 17, Markgrafendamm 11, entgegen. — Fern-
sprecher: Andreas 0876. Postfach-Konto: Berlin 887 14.
Unverlangten Manuskripten ist Rückporto beizulegen.

Immer wieder Angriff der Kirche

Die in der vorletzten Nummer angeklagte Betrachtung müssen wir zurückstellen, weil der Kampf des deutschen Episcopats gegen die nationalsozialistische Bewegung eine weitere Klärung und Verschärfung erfahren hat:

Am 20. März veröffentlichte das bischöfliche Ordinariat in Berlin eine Erklärung „auf verschiedene Anfragen“, daß es bezüglich seiner Stellung zum Nationalsozialismus voll und ganz auf dem Boden der bischöflichen Erlasse

Inhalt

Immer wieder Angriff der Kirche. — Deutsch-Österreichische Zollgemeinschaft. — Rein großer Mensch. — Ein Nationalist auf Irrwegen. — Gedanken zur Befehlung des Ostens.

von Breslau, Köln und Paderborn, sowie der bayerischen Bischöfe steht. „Die in mehreren nationalsozialistischen Zeitungen veröffentlichte Antwort auf eine Einzelanfrage liegt um fünf Monate zurück und machte die Erlaubtheit der Mitgliedschaft eines Katholiken bei der Nationalsozialistischen Partei ausdrücklich von grundsätzlichen Voraussetzungen abhängig. Eingehende und gewissenhafte Beobachtung und Prüfung der nationalsozialistischen Entwicklung haben erwiesen, daß diese grundsätzlichen Voraussetzungen nicht gegeben sind, zumal die nationalsozialistischen Führer es unterlassen haben, die Stellung des Nationalsozialismus zur katholischen Kirche zu klären und zu berichtigen.“

Die in dem Erlaß erwähnten Antworten erlärten auf Fragen: katholischer Nationalsozialisten: solange die Partei von ihnen, den nationalsozialistischen Mitgliedern, nichts verlangt, was den Vorschriften der Kirche zuwiderlaufe, sei gegen ihr Verbleiben nichts einzuwenden. Auf befriedigende Bemerkungen nationalsozialistischer Blätter, ob dieses Bescheides, der sich ja vernünftig und anständig anließ, ist dann mit ausdrücklicher Bezugnahme die obige Erklärung des bischöflichen Ordinariats zu Berlin veröffentlicht worden. Ihr Sinn ist, man möge nicht glauben, daß zu Berlin weniger scharfe Auffassungen und weniger irreführende Willensmeinungen beständen, als bei den anderen Bischöfen Deutschlands. Zugleich haben die Dekanate von Kreuznach und Bingen ein Pronunziament gegen den Stahlhelm veröffentlicht und die Katholiken vor diesen gewarnt, weil der Stahlhelm „unvorhergesehen den von den deutschen Bischöfen, als Irrlehre verurteilten Nationalsozialismus seine herzlichste Sympathie zum Ausdruck gebracht“ habe. Damit habe der „Stahlhelm“ seine religiöse Neutralität verlassen. Zugleich erklärt das bischöfliche Ordinariat zu Mainz: „Wir stehen den Wehrverbänden ablehnend gegenüber, da sie in unser schon genug zerrissenes Volk einen neuen Gegenstand hineingetragen“. Deshalb dürfen Angehörige der Wehrverbände nicht in Uniform katholische Kirchen betreten.

Ein kirchlicher Erlaß nach dem anderen bringt mit sich die Bestätigung der Auffassung, die der „Reichsward“ auf den ersten Erlaß des Bischofs von Mainz im vorigen Oktober darlegt hat. Wer anfangs an den Gedanken eines Krieges der Kirche auf der ganzen Linie gegen den Nationalsozialismus zu glauben sich getraut hat, muß heute einsehen, daß dieses Ereignis von unübersehbarer Tragweite nun eben doch Tatsache geworden ist. Alle Wünsche, es möge nicht so sein, helfen nichts, es heißt der Tatsache gegenüber die Augen nicht zu schließen, sondern die notwendigen Folgerungen daraus zu ziehen. Im Ausdruck erreicht bis jetzt der Gipfel die neueste Kundgebung; nämlich eine solche der Bischöfe der ober- rheinischen Kirchenprovinz unter Vortritt des

Erzbischofs von Freiburg. Es heißt darin unter Bezugnahme auf die nationalsozialistische Bewegung: „Während das Volk mit der schweren Not ringt und die Einigkeit so nötig braucht, sucht man noch den religiösen Zwist zu entfachen. Dabei leisten abgefallene Priester und Mönche Heferdienste... Die Verkündiger dieses neuen Heidentums greifen Sittlichkeit und Recht an, suchen das Fundament des geordneten Zusammenlebens zu erschüttern und wollen die christliche Religion, welche die festeste Stütze des Staates ist, beseitigen. Eine deutsche Nationalkirche lehnen wir Katholiken ab. Deshalb müssen wir Bischöfe als die Hirten und Verkündiger der katholischen Glaubens- und Sittenlehre vor dem Nationalsozialismus warnen, weil und solange er Anschauungen verfolgt und verbreitet, die mit der katholischen Kirche unvereinbar sind.“

Wir bedauern den Ausdruck gebrauchen zu müssen, aber die Behauptung der Bischöfe: der Nationalsozialismus suche den religiösen Zwist zu entfachen, ist eine krasse Unwahrheit, und zwar eine bewusste. Wie hat, im Gegenteil, eine Partei mit solcher Sorgfalt ihr ganzes Verhalten, grundsätzlich, programmatisch, und in der Praxis, gerade auf Vermeidung religiöser Zwistes angelegt gehabt und gearbeitet, wie die Nationalsozialisten; und kein Nationalsozialist ist nicht durchdrungen von der unheilvollen Bedeutung, die der religiöse Streit in der deutschen Geschichte gehabt hat. Im schroffen Gegensatz zu der empörenden unwahren Behauptung, daß die Bewegung religiöser Zwist suche, haben wir gerade hier einen Fall, der auf das klarste zeigt, wie der Angriff ausschließlich von den kirchlichen Behörden ausgeht, und zwar, ohne auch nur die leiseste Propozierung durch die Nationalsozialisten als Partei, oder einzelne von ihnen; ja auch das letztere! Wenn heute die kirchliche Presse unausgesetzt auf das hier demnächst zu besprechende Buch von Alfred Rosenberg „Der Mythos des zwanzigsten Jahrhunderts“ hinweist, ein Buch, das übrigens keinerlei Suchen nach religiöser Zwietracht enthält, so ist zu bemerken, daß der Erlaß des Bischofs von Mainz im Herbst des vergangenen Jahres und die Hejerei der Zentrumsabgeordneten im Reichstag stattfanden, bevor das Rosenbergsche Buch überhaupt bekannt geworden war. Der Erlaß des Bischofs von Mainz bezog sich ausdrücklich und ausschließlich auf den Artikel 24 des nationalsozialistischen Programms. Das Programm stammt vom Januar 1919, ist seitdem in nichts geändert worden, und die katholische Kirche hat dieses Programm einschließlich des Artikels 24 elf Jahre hindurch mit keiner Silbe beanstandet, geschweige denn Anlaß genommen, die deutschen Katholiken vor dem Nationalsozialismus zu „warnen“. Daraus ergibt sich mit einer geradezu schreienden Evidenz, daß die Organe der Kirche erst den nationalsozialistischen Wahlsieg vom 14. September zum Anlaß genommen haben, um den Inhalt des Artikels 24 als Irrlehre im Sinne der katholischen Kirche zu bezeichnen. Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei hat mithin nicht nur nichts getan, um religiösen Zwist zu suchen, sondern umgekehrt hat der Episcopat Deutschlands in einer langen, nunmehr über ein halbes Jahr sich erstreckenden läudenlosen Reihe von amtlichen öffentlichen Erlassen den religiösen Krieg an eine politische Partei erklärt, die elf Jahre lang bewiesen hat, daß sie in ihrer Eigenschaft als politische Partei jede Beschäftigung mit religiösen Fragen zurückweist.

Wir fassen dieses schon wiederholt geäußerte Urteil hier noch einmal zusammen, dabei liegt uns der naive Glaube aber sehr fern, damit auf Zentrum und Kirchenbehörden einwirken zu wollen. Wir möchten vielmehr vor Illusionen

warnen, als ob dieser Gegner sich durch irgendwelche Argumentationen davon abbringen lassen würde, den Krieg gegen den Nationalsozialismus zu führen, nachdem er ihn im September 1930 einmal beschlossen hat. Da gibt es, wie die Geschichte lehrt, kein Zurück mehr; oder doch? Wir erwähnten ebenfalls bereits früher, und der Erlaß des bischöflichen Ordinariats von Berlin bringt den Punkt aufs neue zum Ausdruck: Die nationalsozialistischen Führer hätten es „noch immer unterlassen, die Stellung des Nationalsozialismus zur katholischen Kirche zu klären und zu berichtigen“. Dieser Gedanke ist noch in jedem der Erlasse, nur in der Form leicht verschieden, zum Ausdruck gebracht worden: „zu klären und zu berichtigen“, also die Stellung des Nationalsozialismus zur katholischen Kirche sei der Klärung bedürftig und bedürfe einer Berichtigung. Was „Klärungsbedürftig“ in der nationalsozialistischen Stellung sei, haben die Erlasse bis jetzt noch nicht verraten. Die Bedeutung der Erlasse: eine „Berichtigung“ könne vielleicht „alles wieder gut“ machen, zielt auf ein Canossa des Nationalsozialismus, — gleichbedeutend nebenbei bemerkt, mit seinem Ende überhaupt.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die in den sämtlichen Erlassen für Katholiken ausgesprochene „Warnung“ vor dem Nationalsozialismus als vor einer Irrlehre, in Zukunft immer schärfere Tonalitäten, Drohungen annehmen wird, und diesen eines Tages Durchführung derselben folgen werden. In welchem Maße sich rechtsgerichtete Katholiken über die Lage täuschen, gewiß ist da auch der Wunsch mit maßgebend, zeigt ein langer Aufsatz des deutschnationalen Professors Martin Spain, in der vorigen Woche in der Zeitschrift: „Das Großdeutsche Reich“ mit der Behauptung, daß das Verhalten des Zentrums von den Bischöfen in aller Form verurteilt worden sei. Professor Spain, dessen nationale Gesinnung und persönliche Lauterkeit über aller Frage ist, möchte, es sei so, und deshalb glaubt er es. In einem Punkt haben die Ereignisse ihn bereits ad absurdum geführt. Er

schreibt nämlich ganz glücklich: soviel sei jetzt schon erreicht, daß der geschlossenen Teilnahme von Stahlhelmsgruppen zu kirchlichen Veranstaltungen von der Geistlichkeit keine Schwierigkeiten mehr gemacht würden. Die vorstehend erwähnten Erlasse der Dekanate von Kreuznach und Bingen und der neue Erlaß des Bischofs von Mainz beweisen unmissverständlich genau das Gegenteil. Ja über den „Stahlhelm“ wird schon deshalb die Verurteilung der Kirche gesprochen, weil er dem Nationalsozialismus seine herzlichste Sympathie ausgesprochen hat. — Rein, Professor Dr. Spain und andere Gutgläubige seiner Art täuschen sich schwer und vollkommen. Von einer Distanzierung des Zentrums durch die Kirche ist gar keine Rede, sie wird auch nicht eintreten. Auf den Sand solcher Wünsche soll man keine politischen Berechnungen aufbauen! Es ist uns vollkommen unklar, wie Professor Spain zu dieser Auffassung kommen kann. Vor drei Monaten noch wies der Erlaß des Erzbischofs von Breslau ausdrücklich und mit hoher Anerkennung auf den Zentrumsmann Bräuning hin, in dessen fester Hand die Regierung in Deutschland liege. Führer der Zentrumspar- tei ist Professor Dr. Raas, Domkapitular, Geistlicher Rat, päpstlicher Hausprälat, Apostolischer Protonotar in Trier, dabei Freund und Vertrauter des päpstlichen Sekretärs und früheren Nuntius zu Berlin, Pacelli. Wer kann sich dem Glauben hingeben, daß dieser Mann und die anderen Geistlichen des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei es zu einer Entfremdung der von ihnen geleiteten Parteien gegenüber dem Vatikan, vollends dem deutschen Episcopat, kommen lassen würden?

Tatsächliche Wahrheiten sind nicht immer angenehm, aber wenn sie da sind, soll man ihnen in das Gesicht sehen und an den Wollfäden Spruch denken, daß Bereitsein alles ist. Illusionen sind ohne Zweifel eine zeitlang angenehm und erfreulich, aber es kommt der Tag, da sie plagen, und nur tüchtes Insaugfassen der Wirklichkeit schafft den Boden für Vorbereitung und Bereitschaft.

Deutsch-Österreichische Zollgemeinschaft

Der deutsche Außenminister Dr. Curtius und der österreichische Bundeskanzler Dr. Schober haben in der vergangenen Woche mitgeteilt: zwischen den beiden Staaten seien Wirtschaftsverhandlungen im Gange, man werde sie fortsetzen, und zwar mit dem Ziel der Festsetzung eines einheitlichen Zolltarifs für Deutschland und Österreich, so zwar, wurde durch die Presse mitgeteilt, daß Österreich, mit geringen Einzelausnahmen, den deutschen Zolltarif annimmt bzw. für sich gelten läßt; die deutschen Zölle sind höher als die österreichischen.

Sobald auch nur die ersten Gerüchte von dieser welterstatternden Tatsache in die Öffentlichkeit gedrungen waren, ließ der Außenminister der Tschechoslowakei, Herr Beneš, sein „Befremden“ in Wien ausprechen. Einen Tag darauf gingen die Gesandten Frankreichs, der Tschechoslowakei und Italiens zum österreichischen Bundeskanzler und erklärten ihm: der Abschluß einer Zollunion verstoße gegen die Genfer Abmachungen vom Jahre 1922. Die französische und die tschechoslowakische Presse tobte, die italienische blieb zurückhaltend, die englische war beinahe wohlwollend, die polnische sehr zurückhaltend, die ungarische überrascht, jedoch nicht unangenehm berührt. Schober und Curtius, dieser auch an die Presse, haben dann Erklärungen über die Verhandlungen zwischen den beiden Staaten gegeben, zunächst um die „Entrüstung“ Frankreichs und der Tschechoslowakei zu dämpfen und Schritten der Mächte überhaupt vorzubeugen, die in einem Protest gegen diese Ver-

handlungen und ihr Ziel bestehen könnten. Der Inhalt jenes Teils der Abmachungen von Genf verbietet Österreich „irgendwelche Verbindungen mit anderen Staaten und jeder wirtschaftlichen und finanziellen Verpflichtung zu enthalten, die seine Unabhängigkeit unmittelbar oder mittelbar zu gefährden geeignet wären“. In den jetzigen wirtschaftlichen und Zollverhandlungen der beiden Staaten ist korrekt ausgelegt, eine solche Gefährdung nicht vorzuhanden. Es handelt sich nicht um eine Zollunion im herkömmlichen Sinne dieses Wortes, also auch nicht um die Schaffung eines Zollparlamentes, sondern einfach um die Annahme der Geltung des gleichen Zolltarifs für beide Mächte, mithin um nichts weiter als eine rein wirtschaftliche Zollgemein- schaft. Durch eine solche wird die Unabhängigkeit Österreichs weder gefährdet noch überhaupt berührt. Österreich bleibe vollkommen unabhängig, auch auf dem wirtschaftlichen Gebiet.

Es handelt sich also keineswegs um einen kühnen Schritt des Staatsmanns Curtius und des Dr. Schober in das Gebiet der Außenpolitik, sondern um etwas rein Wirtschaftliches. Unzweifelhaft würde man das Ziel einer wirtschaftlichen Zollunion sich gesetzt haben, wenn nicht jene Bindungen der Genfer Abmachungen vor- handen wären, die damals der Dr. Seipel sich von den Mächten hat auflegen lassen.

Was uns betrifft, so können wir gegen die Herbeiführung der Zollgemeinschaft sicher nichts haben, vor ausgesetzt, daß sie sich auf